

Monatskarte Mörfelden-Frankfurt 11,50 DM teurer!

**Millionen
gegen die
Feinde der
Demokratie**

Mit dem 26.5.74 wird im Rhein-Main-Gebiet die Bundesbahn und die Stadt Frankfurt gemeinsam den Benutzern der öffentlichen Verkehrsmittel an den Kragen oder vielmehr an den Geldbeutel gehen. Mit einer angeblichen Vereinfachung der Fahrkartenausgabe kommt eine drastische Fahrpreiserhöhung auf die Bürger zu. Die neuen Fahrpreise liegen bis zu 128 Prozent über den jetzigen Preisen. Auch die Mörfelder werden mehr bezahlen. Kostete z.B. eine Rückfahrkarte nach Frankfurt 3,20 DM so wird sie in Zukunft 3,40 DM betragen, will man in Spitzenzeiten (von 6.30 – 8.00 Uhr und 16.00 – 18.30 Uhr) fahren, so muß man 4,- DM bezahlen und möchte man in Frankfurt noch die Straßenbahn benutzen, so muß man 5,- DM berappen. Eine Wochenkarte kostete bisher 12,- DM, in Zukunft 13,- DM, die Monatskarte für jeden Tag: bisher 42,- DM, in Zukunft 53,50 DM. Auf den ersten Blick könnte man meinen, wir kommen noch mit einem blauen Auge davon, doch muß man noch berücksichtigen, daß viele Vorteile für Rentner, Schüler und Versehrte wegfallen.

Oberbürgermeister Rudi Arndt von Frankfurt nennt schon Zahlen: 30 Millionen DM im Jahr an Mehreinnahmen. Wer sie bezahlt? Die Arbeiter und Angestellten. Ebenso wie in Mörfelden geht die SPD-Mehrheitsfraktion im Frankfurter Römer den falschen Weg. Sie protestiert nicht gegen Lebers Rüstungsmilliarden, sie will nicht an die Konzernprofite, sondern sie erhöht die Gebühren und Steuern für die Bevölkerung. Verkehrspolitisch ist diese drastische Fahrpreiser-

höhung nicht zu vertreten. Viele werden angesichts der hohen Fahrpreise bei überfüllten Zügen und Straßenbahnen wieder auf das Auto umsteigen. Mehr Auspuffabgase und verstopfte Straßen sind die Folgen.

Wen trifft die Fahrpreiserhöhung?

Natürlich nicht den Herrn Generaldirektor der Dresdner Bank, der von seinem Fahrer bis vor die Bürotür gefahren wird. Natürlich nicht die Herren Großaktionäre von Kaufhof, Farbwerken, Deutsche Bank, Degussa, usw. Betroffen werden vor allem die Masse der Arbeiter und Angestellten. Wie schon so oft ist den Herren nichts besseres eingefallen, als die Probleme auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung zu lösen. Die gestiegenen Kosten können wir nicht als Argument für die höheren Fahrpreise akzeptieren. Die Arbeiter und Angestellten haben allein von 1972 bis 1973 11,3 Milliarden DM, das sind 23 %, mehr an Lohnsteuer bezahlt. Sie haben also längst die Mittel aufgebracht, um öffentliche Aufgaben, dazu gehören auch die Verkehrsmittel, zu finanzieren.

- **Statt die Bevölkerung zu belasten und Steuern in Rüstungskassen fließen zu lassen, müssen diese für die öffentlichen Nahverkehrsmittel aufgewandt werden.**
- **Statt die Bevölkerung zu belasten, müssen die Gewinne der Großindustrie und Großbanken für den Berufsverkehr verwandt werden.**

Ihnen werden mit Bahn, Bus und Straßenbahn die Arbeitskräfte in die Fabriken und Büros transportiert, an denen sie Unsummen verdienen. Sollen sie auch bezahlen. ■

Im Mai wird das Grundgesetz 25 Jahre alt. Und der Bundeskanzler meinte, die Bürger sollten auf die Straße gehen und feiern.

25 Jahre Grundgesetz — das sind 25 Jahre, in denen Menschen dieses Staates auf die Straßen gingen, um die Grundsätze der Verfassung durchzusetzen oder sie zu verteidigen.

Millionen gingen auf die Straße, um gegen die Notstandsgesetze und für die demokratischen Rechte der Bürger zu kämpfen.

Millionen kämpften gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr. Millionen kämpften für eine Entspannungs- und Friedenspolitik, wie sie im Grundgesetz vorgeschrieben wird. Heute demonstrieren Demokraten gegen die verfassungswidrigen Berufsverbote, für Freiheit im Beruf und Demokratie im Betrieb.

Es gibt vielfache Beweise dafür, wie ernst demokratische Grundrechte von der arbeitenden Bevölkerung der Bundesrepublik genommen werden. Wie es vielfache Beweise dafür gibt, daß die Verfassung von denen gefährdet wird, die im Bundestag über die Verfassung reden. Die Notstandspolitiker von CDU/CSU, SPD und FDP, die Konzerne mit gnadenloser Preistreiberei und hemmungsloser Profitsucht, mit Aussperrungen von Arbeitern und Verbotsdrohungen gegen die Gewerkschaften, die Berufsverbots-Erfinder und berufsmäßigen Antikommunisten, die revanchistischen Feinde der sozialistischen Länder — sie alle haben bereits Verfassungsrechte beseitigt und engen weiter Rechte ein. Die Kommunisten verteidigen die demokratischen Grundrechte der arbeitenden Bevölke- ▶

▼ rung, und sie kämpfen mit allen Schichten des werktätigen Volkes für größere demokratische Rechte. Der Kampf der DKP für eine antimonopolistische Demokratie ist ein Kampf gegen die wirtschaftliche und politische Macht der Konzerne, für die Rechte der arbeitenden Bevölkerung.

25 Jahre Grundgesetz: Was aus den demokratischen Grundrechten wird, das entscheiden die Demokraten unseres Landes selbst, wenn sie – Gewerkschafter, Kommunisten, Sozialdemokraten, Liberale und Christen – gemeinsam für ihre Rechte eintreten.

Liebe Leser

Der "blickpunkt" wird in Mörfelden gern gelesen.

Oft hört man anerkennende Worte und oft steckt man uns einen Geldschein zu. Dafür bedanken wir uns herzlich.

Viele Bürger geben uns Hinweise oder schreiben Leserbriefe. Das macht den "blickpunkt" interessant und lesenswert.

Wir freuen uns über jede Unterstützung.

Die Redaktion

Mitbestimmung?

„Mein Sohn darf mitbestimmen“, sagte der Vater und kaufte seinem Bub, der einen Kaugummi haben wollte, einen Lutscher. Wo da die Mitbestimmung ist? Der Sohn durfte die Farbe des Lutschers bestimmen!

So sieht auch die Mitbestimmung aus, die dem Stadtjugendring in Fragen der Baracke eingeräumt wird.

Von den Versprechungen des Vorjahres, als die Baracke für den Magistrat noch ein Provisorium für 100000 DM war, das kurzfristig zu errichten sei, ist nichts geblieben. Man gewinnt den Eindruck, daß das ganze Projekt heute nur noch deshalb vom Magistrat und der SDP-Mehrheitsfraktion weiterverfolgt wird, um nicht ganz das Gesicht zu verlieren, denn die Baracke, das war ja in der Auseinandersetzung um ein Jugendzentrum der Strohalm, an den man sich mit großen Worten geklammert hatte.

Von den großen Worten hat sich bis heute noch kein eines bewahrheitet. Heute ist die Baracke für die Stadtväter **kein Provisorium** mehr, sondern eine **420000 DM-Affäre**, sie ist im Lauf der Zeit **kleiner** geworden, und vor allem **steht sie noch lange nicht**.

Tatsachen, auf die der Stadtjugendring keinen Einfluß hatte

Mit Recht ist also der Stadtjugendring sauer, der nun zu dem, was aufgrund der Kalkulationsunfähigkeit des Magistrats bzw. des Bauamtes versiebt wurde, „Ja“ sagen soll. Ich sehe es nicht als Mitbestimmung an, wenn

der Stadtjugendring jetzt laut Beschluß der Ausschüsse Jugend, Sport und Freizeit sowie Kultur, Bildung und Soziales die Raumaufteilung innerhalb der 500 qm noch einmal überprüfen soll. Der dahingehende Antrag der FDP, der gegen die Stimmen der DKP angenommen wurde, bringt nichts außer einer weiteren Verzögerung der ganzen Sache, wobei der Stadtjugendring den „schwarzen Peter“ in der Hand hat.

Die gemeinsame Sitzung der Ausschüsse am 15. Mai hat genau das bestätigt, was ich vor Wochen in einem Leserbrief an die Frankfurter Rundschau schrieb: Die Mitsprache des Stadtjugendringes und der Jugend wird darauf beschränkt bleiben, den Vorstellungen der SPD-Mehrheitsfraktion zuzustimmen, damit überhaupt etwas passiert.

Genau das kam aus den Äußerungen R. Rothensteins (SPD) heraus, der meinte, es sei eigentlich egal, wie sich der Stadtjugendring verhält, über die Baracke würde auch unabhängig davon entschieden.

L. Feutner (FDP) warnte vor „überzogenen Forderungen“, denn sonst könnte es leicht passieren, daß es gar nichts gibt.

Unter diesen Umständen braucht sich keiner zu wundern, wenn der Stadtjugendring den städtischen Gremien kritisch gegenübersteht.

Gerd Schulmeyer
2. Vorsitzender des
Stadtjugendringes



1. Mai in Mörfelden. Kundgebung und Demonstration standen unter den Losungen: Volle paritätische Mitbestimmung – Sicherheit durch Abrüstung – Freiheit im Beruf, Demokratie im Betrieb – Löhne rauf, Steuern runter – Gegen Terror und Arbeitermord in Chile.



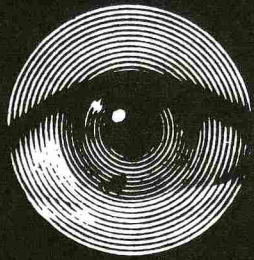
3000,-DM für das Chile-Solidaritätskonto

Wie im vergangenen Jahr so fand auch am 1. Mai 1974 in Mörfelden ein großer Solidaritäts-Flohmarkt statt.

Das Chile-Solidaritätskomitee hatte Tage vorher mit Traktor und Lautsprecherwagen alte Sachen eingesammelt. Zahlreiche Helfer verkauften dann auf dem Flohmarkt, auf dem Hunderte Besucher gezählt wurden. Es gab Schmalzbrote und frisch gebackene Waffeln. Mit dem Megaphon wurde „Reklame“ gemacht, Transparente und eine Foto-Ausstellung wiesen auf die Verbrechen der Junta hin, das Chile-Schwarzbuch wurde verkauft und die Rüsselsheimer Songgruppe trat auf. Das Ergebnis des Flohmarkts: 3000,- DM kamen zusammen und wurden auf das Konto der Chile-Solidarität überwiesen.



BLICKPUNKT KOMMUNAL



Aus der Erklärung der DKP-Fraktion zum Haushaltsplan '74

Schon seit Jahren hören wir in der Zeit der Etatberatung und Verabschiedung von allen verantwortlichen Stellen des Landes, nicht nur von Kommunisten, daß die Finanzdecke der Kommunen immer dünner, der Spielraum immer kleiner, die Verschuldung immer größer wird. Wie gesagt, das meinen nicht nur die Kommunisten. Wir erinnern an den Apell des Deutschen Städtetages, in dem es heißt: „Die Gemeinden nähern sich einer gefährlichen Haushalts- und Finanzkrise. Die Strukturkrise umfaßt alle kommunalen Einheiten. Die Städte haben alle Möglichkeiten bis zum Rande des Zumutbaren ausgeschöpft.“

Werden in diesem Staat alle ärmer ?

Aber ist es denn der allgemeine Trend, daß wir in diesem Staat „alle“ ärmer werden, oder sind und werden die Mittel nur nicht richtig verteilt?

Da ist erst einmal festzustellen, daß außer den Städten und Gemeinden auch die große Masse der arbeitenden

Bevölkerung sich nach der Decke strecken muß.

Hart erkämpfte und manchmal nur mit Streik erzwungene Lohn- und Gehaltserhöhungen der Arbeiter und Angestellten, sowie die Erhöhung der Renten reichen bei weitem nicht aus; die in letzter Zeit auf allen Gebieten aufgetretenen Preis- und Mieterhöhungen auszugleichen. Durch die Verarmung der Städte und Gemeinden wird aber die Mehrzahl der Bürger nochmals getroffen. Gebühren und Beiträge werden erhöht und wichtige der Gesunderhaltung der Bevölkerung dienende Investitionen können nicht getätigt werden, – worauf ich noch einmal am Beispiel Mörfeldens zurückkomme.

Andererseits ist jedoch festzustellen, daß das Großkapital, die Banken und multinationalen Konzerne mit all ihrem Anhang sich an diesen Entwicklungen gesundstoßen. Deren Profite wachsen in den Himmel. Die Dividenden steigen, Kapital wird zum Zwecke der Steuerhinterziehung ins Ausland verlagert. Und seit der sogenannten Ölkrise, die auch gewisse Schatten auf die Kostenseite unseres Haushaltsplanes geworfen hat, ist so manchem Bürger bei uns klargeworden, wer wirklich die Macht bei uns im Staate hat. Das alte „Marx“-Wort, daß wirtschaftliche auch politische Macht bedeutet, bestätigt sich wieder einmal.

Wenn ich eingangs davon sprach, daß unter der Verarmung unserer Städte hauptsächlich die arbeitende Bevölkerung zu leiden hat, dann möchte ich dies an einigen Beispielen, die ganz auf Mörfelden abgestimmt sind, erläutern.

Kindergärten

Bis jetzt können in Mörfelden in erster Linie nur die fünfjährigen Kinder einen Kindergartenplatz erhalten. Es fehlen noch Plätze für die Drei- und Vierjährigen. Wie wichtig solche Einrichtungen

für die Kindern aber auch für die berufstätigen Frauen sind, brauche ich in diesem Kreise nicht zu erläutern.

Ebenso benötigen wir dringend eine Kinderkrippe für die Kinder bis zum dritten Lebensjahr. Auch sollten unsere Kindergärten Ganztagsaufenthalte ermöglichen, damit die Mütter auch einer Beschäftigung nachgehen können und nicht durch das mittägliche Abholen der Kinder daran gehindert werden.

Altenwohnheim

Es muß noch mehr für die alten Menschen getan werden. Das ist nicht nur eine Forderung der Kommunisten in Mörfelden.

Das vorhandene Altenwohnheim reicht nicht aus. Ein Altersheim mit Pfleystation, Essen auf Rädern, für alte alleinlebende Bürger und Betreuung durch eine von der Stadt angestellte, ausgebildete Fachkraft, sind keine übertriebenen Forderungen.

Bereits 1973 hatten wir einen diesbezüglichen Antrag eingebracht.

Jugendzentrum

Der Jugend ist jede Unterstützung und Hilfe zu gewähren, damit endlich das schon lange geforderte Jugendzentrum und die Einstellung eines Jugendpflegers Wirklichkeit wird.

Ärztliche Versorgung

Alle Forderungen nach besserer ärztlicher Versorgung sind bisher daran gescheitert, daß sich kein weiterer Arzt in Mörfelden niedergelassen hat. Unser Antrag bezüglich der Errichtung eines Ärztehauses ist nur ein Schritt auf dem Weg, der auf diesem Gebiet gegangen werden muß, um Erfolg zu haben.

Kinderspielplätze

Es gibt auch in Mörfelden zu wenig Kinderspielplätze und die vorhandenen sind nicht alle nach neuen Gesichtspunkten eingerichtet. Hierzu hatten wir einen Antrag zur Haushaltsberatung eingebracht. Wir freuen uns, daß der Magistrat aufgrund dessen bereits Beschlüsse gefaßt hat.

Kultur

Der Ansatz mit 15900,- DM für Theater und Konzerte erscheint uns zu niedrig. Noch 1971 war, trotz geringerer Bevölkerungszahl, hierfür das Doppelte eingesetzt. Wir haben hierzu einen Antrag eingebracht und hoffen, daß die uns gegenüber geäußerten Versprechungen, dies im Nachtrag zu korrigieren, eingehalten werden.

Auch hier freuen wir uns, daß der Ma- →





“ Von dem geplanten Ärztehaus ist noch kein Stück zu sehen. Unsere Steuergelder frisst wohl der Reißwolf? ”

↓ gistrat, sicherlich angeregt durch unsere immer wieder vorgebrachte Forderungen, sozialere Eintrittspreise festgelegt hat.

Hallenbad

Seit acht Jahren wird in Mörfelden und Walldorf von einem gemeinsamen Hallenbad gesprochen. Der Beginn des Bauvorhabens wird immer wieder hinausgeschoben. Auch heute ist noch nicht abzusehen, wann das Projekt zu realisieren ist. Wir fordern: Das Projekt muß weiter vorangetrieben werden. Ein Hallenbad für 30000 Bürger ist kein Luxus.

Schon Wochen vor der Haushaltsberatung wurde in der Presse eine gehässige Polemik gegen die Arbeit der DKP-Fraktion von Herrn Brehl geführt. Man wirft uns vor, wir würden leichtfertig Forderungen aufstellen und erhielten dazu auch noch Beifall von der Bevölkerung.

Meine Damen und Herren, ich frage Sie, sind diese vorstehenden „7 Forderungen für Mörfelden“ unserer Partei, leichtfertig gestellte Forderungen? Ist es nicht so, daß die ärztliche Versorgung jeden Tag zusammenbrechen kann und im übrigen nicht mehr den heutigen Erkenntnissen entspricht.

Ist es nicht so, daß wirklich ernsthafte Bedürfnisse für einen Ganztagskindergarten bestehen?

Zeigt nicht eine der letzten Anfragen der SPD-Fraktion, in dem sie alte For-

derungen unserer Partei aufgreift, daß in der Altenfürsorge- und -pflege große Mängel vorhanden sind?

Ich bin sicher, daß wir in diesem Hause einer Meinung sind, daß Bedürfnisse wachsen und neue entstehen. Dies ist aus Anträgen und Anregungen aller Fraktionen zu ersehen. Aber den Gemeinden und Städten werden zur Realisierung all dieser gerechten Forderungen die notwendigen Mittel vorenthalten. Niemals zuvor wurde ein so großer materieller Reichtum geschaffen wie in den letzten Jahren. Die Bilanzen der Großkonzerne geben darüber deutlich Aufschluß. An technischem materiellen Voraussetzungen für das, was man für ein gesichertes Leben braucht, mangelt es also nicht. Viele fragen:

Wo also liegen die Ursachen für diese Probleme?

Wir sagen:

Das Übel besteht darin, daß in der Bundesrepublik die arbeitenden Menschen zwar alle Werte schaffen, aber Verhältnisse herrschen, unter denen sich Wenige das Meiste aneignen.

Das Übel besteht darin, daß in der Bundesrepublik die große Mehrheit des Volkes zu wenig und die Milliardäre zu viel zu bestimmen haben.

Das Übel besteht darin, daß in Bonn seit eh und je, und auch unter einem SPD-Kanzler, eine Regierungspolitik gemacht wird, die sich vornehmlich an den Profitinteressen der in- und ausländischen Konzerne orientiert.

Die Etats haben einen „Leber“-Schaden

Wir sagen es heute sicherlich zum x-ten Male. Solange die Etats nicht vor dem „Leberschaden“ Rüstung geheilt werden, wird keine entscheidende Änderung möglich sein.

Wir haben den diesjährigen Haushaltsplan in unserer Fraktion ausführlich diskutiert. Bei einer Reihe von Ansätzen haben wir andere Vorstellungen. So sind wir z.B. der Meinung, daß die Ausgaben, die der Stadt durch geplante weitere Baugebiete wie Steinweg Nord II und Wettbewerbsgebiet anderweitig Verwendung finden könnten.

Im übrigen haben wir unsere Forderungen in Anträgen klar formuliert.

Wir sind der Meinung, daß die uns zur Verfügung stehenden Mittel im wesentlichen richtig eingesetzt sind. Wenn wir heute diesem Etat für das Jahr 74 unsere Zustimmung verweigern, bedeutet dies unser grundsätzliches Nichteinverständnis mit den herrschenden Zuständen, die unserer Stadt die notwendigen Mittel zur Befriedigung der Bedürfnisse der Bürger vorenthalten.

Dem vorliegenden Stellenplan geben wir unsere Zustimmung und bitten, dies im Protokoll zu vermerken.

Zum Schluß möchte ich die Arbeit der Verwaltung würdigen. Die Aufstellung des Etats nach den neuen Bestimmungen dürfte schwieriger als sonst gewesen sein.

Jetzt haben die Arbeiter das Wort

Die neue Regierung ist gebildet. Was haben die arbeitenden Menschen zu erwarten. Was ist zu tun?

Neue Besen kehren gut, sagt man. Doch vor wessen Tür? Schon haben große Unternehmerverbände ihre Forderungen angemeldet: Die Gewerkschaften sollten „an die Kette“ gelegt werden. Die Arbeiter müßten bei den Lohnforderungen zurückstecken. Den Gürtel enger schnallen! So hört man es von den Unternehmerbossen von Schleyer bis Mommsen.

Kanzler Schmidt sagt:

Kontinuität und Konzentration. Wir stellen fest: In der Tat, die Preise steigen kontinuierlich. Auch die Mieten und die Massensteuern. Auch die Profite der Monopole. Alles steigt kontinuierlich. Was dagegen kontinuierlich sinkt, das sind die Reallöhne, das ist die Kaufkraft der D-Mark, das ist der Wert der Renten und der kleinen Einkommen.

Kanzler Schmidt sagt:

Jetzt wird das Machbare in Angriff genommen.

Die DKP sagt

was jetzt machbar ist und gemacht werden muß:

Der sofortige Stopp aller Konzernpreise!

Der Preisstopp für öffentliche Gebühren und Tarife!

Der Mietstopp!

Denn, wer die Konzerne nicht packt, der wird die Preise nicht in den Griff bekommen.

Kanzler Schmidt sagt:

Konzentration auf das Notwendigste.

Die DKP sagt:

Jetzt müssen sich die Arbeiter und Angestellten auf ihre Löhne und Gehälter konzentrieren. Denn gegen Kaufkraftschwund und Teuerung hilft den Arbeitern nur eins. Höhere Reallöhne!

So stellt sich die Forderung nach Teuerungszulagen, nach Inflationsausgleich, nach höheren Ausbildungsbeihilfen.

Denn, wer da von Schonzeit redet, dem sei gesagt, die Rekordpreise verschonen keinen von uns.

Kanzler Schmidt sagt:

Jetzt müsse gespart werden.

Die DKP sagt:

Richtig. Sparen wir dort, wo das Geld zum Fenster rausgeschmissen wird.

Bei der Rüstung. Bei den Steuerergeschenken für die Monopole.

Wir sagen: Runter mit der Lohnsteuer. Jetzt müssen die Konzerne zur Kasse gebeten werden.

Kanzler Schmidt sagt:

Demokratie bleibt oberstes Gebot.

Die DKP sagt:

Machen wir Ernst damit. Schluß mit der Berufsverbotspraxis. Her mit der paritätischen Mitbestimmung. Demokratie im Betrieb und Freiheit im Beruf.

Kanzler Schmidt sagt:

Die Energiekrise stellt uns vor neue Probleme.

Die DKP sagt:

Das Hauptproblem dabei ist die Erpressung des Volkes durch die Erdölkonzerne. Unser Land darf nicht länger den multinationalen Konzernen ausgeliefert werden. Darum müssen Erdölkonzerne verstaatlicht und demokratisch kontrolliert werden.

Kanzler Schmidt

will der Entspannungspolitik folgen.

Die DKP sagt:

Dann müssen die Verträge erfüllt; dann muß der Antikommunismus überwunden, dann muß gegen die Kalten Krieger, die vor allem in der CDU/CSU sitzen, Front gemacht werden.

Es bleibt dabei. Wir Kommunisten messen die Regierung nicht nur an dem, was sie sagt, sondern an dem, was sie tut. Wir werden jeden Schritt der sozialdemokratisch geführten Regierung unterstützen, wenn er den sozialen, den demokratischen und Friedensinteressen der Arbeiterklasse nutzt.

Wir werden alles bekämpfen, was der politischen Reaktion und dem Großkapital dient.

Jetzt gilt es, die Arbeiterforderungen anzumelden und für sie einzutreten. Gemeinsam, ob sozialdemokratischer, christlicher, kommunistischer oder parteiloser Kollege.

Es wird sich für das arbeitende Volk nur das zum Guten wenden, wofür es gemeinsam kämpft.

Kennen Sie schon die UZ



**Unsere Zeit
Zeitung der DKP**

Probexemplare zu bestellen:

UZ-Redaktion
6 Frankfurt/Main
Cronstettenstr. 18

GIFTMAFIA

Hoechst - Degussa - Glanzstoff

Noch kein halbes Jahr ist seit dem letzten Giftmüllskandal vergangen, da stellt sich erneut heraus: Die großen Chemiekonzerne, allen voran die Farbwerke Hoechst und Degussa, laden weiter ihr Gift in die Landschaft. In weiten Gebieten der Bundesrepublik, insbesondere aber in Hessen, besteht die Gefahr, daß in absehbarer Zeit das Grundwasser vergiftet wird. Die Folgen einer solchen Katastrophe wären nicht auszudenken.

Die Rolle der großen Konzerne als Staat im Staate offenbart sich auch hier. Zusammen mit kriminellen Transportunternehmen setzen sie sich über alle Bestimmungen zum Schutz der Umwelt hinweg. Sie und ihre Mittelsmänner arbeiten sowohl mit gekauften Experten-Gutachten als auch mit gefälschten Papieren. Dabei können sie sich auf die Duldung und Förderung durch Regierungen und Behörden der Bundesländer verlassen, im CDU-regierten Rheinland-Pfalz ebenso wie in Hessen.

In Hessen können sich die großen Umweltvergifter einer von ihnen gegründeten Briefkastenfirma bedienen, die nach außen den Anschein erweckt, als gäbe es eine geordnete und kontrollierte Giftbeseitigung. Es ist die

„Firma“, als deren Geschäftsführer der ehemalige hessische Minister Gotthard Franke fungiert, noch den Anschein einer halboffiziellen Einrichtung.

Das fortgesetzte Giftverbrechen der Konzerne wäre nicht möglich ohne die Kumpanei mit allen etablierten Parteien. In den Konzerndirektorien sitzen die Vertreter der CDU, jener Partei, die gegen jede Einschränkung der Konzernmacht eintritt. Durch den ehemaligen Minister Franke ist die FDP für die Giftmafia tätig.

Umweltminister Krollmann hat seit seinem Amtsantritt alles getan, um aufkommende Besorgnisse wegen der Giftgefahr zu beschwichtigen. Wahrheitswidrig hat er wiederholt Tatbestände abgestritten, die ihn und seine Behörde hätten alarmieren müssen. Sein Amt war den Konzernen und ihren Gifttransporteuren dienlich mit falschen Gutachten durch beauftragte Experten und Druck auf kommunale Behörden, damit sie auf ihrem Gebiet Deponien zulassen. Hessens Finanzminister Reitz deckte als Kommunalpolitiker in Offheim das Giftverbrechen, um mit der Pacht für die Giftmüllkippe Wahlgeschenke zu finanzieren.

Notwendig ist jetzt:

1. Bildung einer Untersuchungskommission aus Vertretern der Gewerkschaften und demokratischen Organisationen, aus Arbeitern, Angestellten und Ingenieuren der Betriebe, die Giftmüll erzeugen.
2. Unter Kontrolle eines solchen Organs und auf Kosten der Konzerne sind Einrichtungen zur schadlosen Beseitigung giftiger Industrierückstände zu schaffen.
3. Es sind alle Giftablagerungen ausfindig zu machen und auf Kosten der Konzerne zu beseitigen.

Schluß mit der Vergiftung unserer Lebensgrundlage Boden und Trinkwasser durch die Profitgier der Konzerne!

Die Verantwortlichen müssen bestraft werden, die Konzernprofite müssen zur Beseitigung des Schadens herangezogen werden!

Gegen die Kumpanei der Giftmafia mit Parteien, Regierungen und Behörden hilft nur die gemeinsame Aktion der demokratischen Öffentlichkeit!

Rudi Hechler

Landtagskandidat der DKP im Wahlkreis 47, Groß-Gerau

Bitte ausschneiden und einsenden

- Ich möchte der DKP beim Wahlkampf helfen.
- Ich möchte das Landeswahlprogramm kostenlos zugesandt bekommen.
- Ich möchte die Einzelprogramme der DKP kennenlernen.



Name _____

Anschrift _____



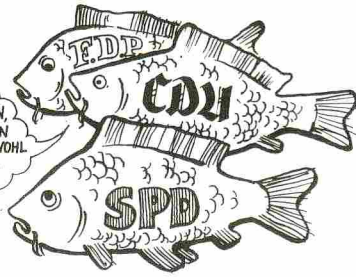
Unbestechlich-konsequent
DKP
ins Parlament

„Hessische Industriemüll GmbH“, zu deren Gesellschaftern die Farbwerke Hoechst, die Degussa, Kalle, Opel und andere Konzernfirmen gehören. Die Hessische Landesregierung gibt dieser

SCHLUSS MIT DER MAUSCHELEI
MIT DEN CAPITALBONZEN -
JETZT WIRD AUFGEFASST!



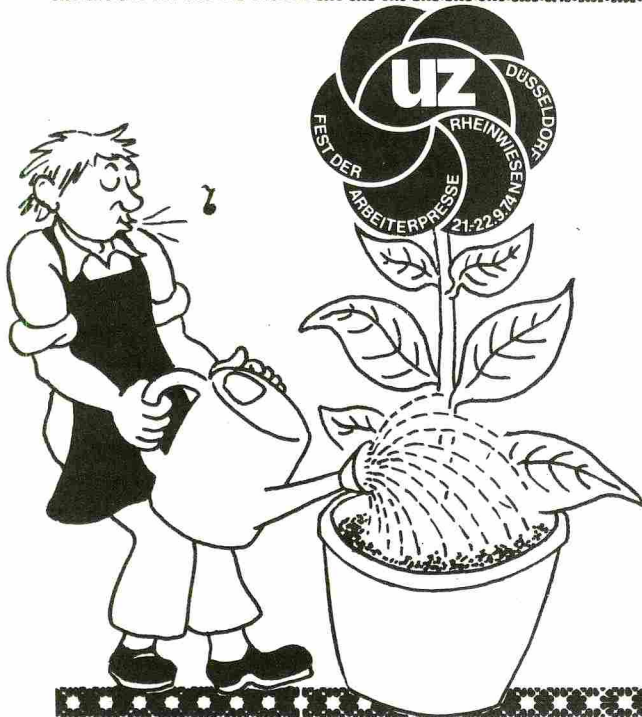
DIE RUHIGEN,
FETTEN ZEITEN
SIND NUN WOHL
VORBEI.....



Hechte in den Karpfenteich DKP in den Landtag

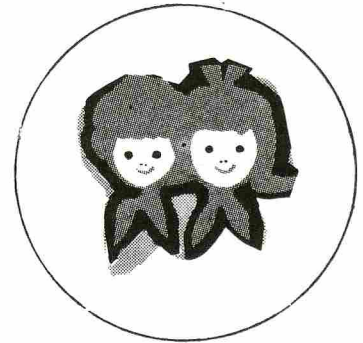
Junge Wähler für DKP

HAMBURG, 17. April (dpa). Jungwähler in Hamburg, die bei der Bürgererschaftswahl der SPD ihre Stimme verweigerten, wandten sich im Gegensatz zu den übrigen Altersgruppen zu einem großen Teil der DKP zu. Wie aus einer am Mittwoch veröffentlichten repräsentativen Statistik des Statistischen Landesamtes hervorgeht, mußten die Sozialdemokraten bei den Wahlberechtigten zwischen 18 und 25 Jahren einen Schwund von 20 Prozent gegenüber der Bundestagswahl 1972 hinnehmen. Von den jungen Männern gaben zehn Prozent, von den jungen Frauen 5,7 Prozent den Kommunisten ihre Stimme.



AM 1. JUNI
WIRD DIE
SOZIALISTISCHE
KINDERORGANISATION
GEGRÜNDET

Macht
mit!



Aus aller Welt

Die jüngste Feuerwehr 20 000 Moskauer Schüler passen auf

Ein „Palast der Jungen Feuerwehrleute“ ist vor kurzem im Moskauer Ismailowo-Park gebaut worden. Darin sind eine Feuerwache, ein Ausstellungssaal und Unterrichtssaal. 20 000 Schüler, die die Feuerwehr-Uniform tragen, gibt es allein in Moskau. Sie veranstalten Brandschutzinspektionen — das heißt, sie passen auf, ob überall die Bestimmungen eingehalten werden, und zwar nicht nur in Schulen, sondern auch in Wohnhäusern. Sie führen Wachdienste in Klubs und Einrichtungen für Kinder durch und erläutern anderen die Brandschutzbestimmungen.

Bitte abtrennen und einsenden an:

R. Dötsch, 6082 Mörfelden, Schumannstraße 3

Der „blickpunkt“, die Stadtzeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Mörfelden, erscheint jeden Monat. Die Schutz- und Zustellungsgebühr für eine Ausgabe beträgt DM 0,50. Wenn Sie an regelmäßiger Zustellung interessiert sind, kreuzen Sie bitte ein Feld an.

Die Gebühr können Sie durch Bankeinzahlung oder Banküberweisung auf das Konto 90003419 Kreissparkasse Groß-Gerau, bei R. Dötsch, Schumannstraße 3, oder bei jedem Mitglied der DKP Mörfelden entrichten.

Ich bitte um regelmäßige Zustellung

für ein Jahr

für ein halbes Jahr

Name:

Anschrift: